

„Da muss man auch sagen, jetzt ist Ende“ – Lindner hat keine Lust mehr auf Laufzeit-Diskussionen

Stand: 03.11.2022 | Lesedauer: 2 Minuten

Finanzminister Christian Lindner (FDP) erteilt weiteren Diskussionen um die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke eine Absage. Er gehe davon aus, dass Deutschland ab dem Frühjahr auch ohne AKWs auskommt. Auch, wenn er gerne „sicherheitshalber noch eine Backup-Lösung auf den Hof gestellt“ hätte.

Bundesfinanzminister Christian Lindner will nicht weiter über die AKW-Laufzeiten in der Koalition diskutieren. „Weil, das ist jetzt einfach mal entschieden. Da muss man auch sagen, jetzt ist Ende“, sagte der FDP-Chef bei einer Veranstaltung der Wochenzeitung „Die Zeit“ (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-11/christian-lindner-eine-stunde-zeit-fdp-chef-akw-laufzeiten-fracking>) am Mittwochabend in Berlin.

Auf die Frage, ob Deutschland nach der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke im April auch ohne Atomkraft auskommen werde, antwortete Lindner: „Ich gehe davon aus und wir tun auch alles, dass es dazu kommt.“ Er sagte weiter, dass er jedoch „sicherheitshalber noch eine Backup-Lösung auf den Hof gestellt hätte“.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte Ende Oktober mit einem Machtwort entschieden (</politik/deutschland/article241661209/Richtlinienkompetenz-Der-aussergewoehnliche-Alleingang-von-Bundeskanzler-Olaf-Scholz.html>), dass die verbliebenen drei Atomkraftwerke bis zum 15. April weiter betrieben werden sollen. Vorangegangen war ein langer Streit zwischen Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Nun ist der Bundestag am Zug, der in der zweiten Novemberwoche zustimmen könnte. Der Bundesrat könnte sich Ende November oder noch etwas früher in einer Sondersitzung mit den Plänen befassen.

Lindner lobte zudem das am Abend von Bund und Ländern beschlossene 49-Euro-Ticket (</debatte/kommentare/article241584265/49-Euro-Ticket-statt-9-Euro-Ticket-Was-fehlt-ist-die-Provinz.html>). „Das ist fantastisch“. Für so eine „tolle Innovation und für diese Mobilität“ dürfe man aber auch einen angemessenen Preis verlangen.

Für Millionen Fahrgäste kommt im kommenden Jahr ein bundesweites 49-Euro-Monatsticket für Busse und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr. Bund und Länder einigten sich bei Beratungen in Berlin über offene Finanzierungsfragen beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das „Deutschlandticket“ soll möglichst schnell eingeführt werden, angestrebt wird ein Start im Januar.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

dpa/säd

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241933005>